

Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Rheinland-Pfalz modernisiert das Berichtswesen für Erziehungshilfen

Im Jahr 2003 hat das rheinland-pfälzische Sozialministerium ein Modellprojekt zum Aufbau eines integrierten Berichtswesens für die Hilfen zur Erziehung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB XIII) initiiert, das vom Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. (ism) durchgeführt wurde. Mittlerweile ist aus dem Modellprojekt eine Dauereinrichtung mit dem Namen »Berichtswesen für die Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz« geworden, an dem neben dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen in Mainz alle 41 Jugendämter des Landes Rheinland-Pfalz teilnehmen. Das Berichtswesen soll Auskunft geben über den Leistungsbereich der Hilfen zur Erziehung nach SGB VIII in den Kommunen und der Frage nachgehen, welche Einflussfaktoren auf die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung wirken. Eine eigene Website informiert über das Projekt und seinen bisherigen Verlauf.

Internet <http://www.berichtswesen-rlp.de>

Video über Pflegestützpunkte

Aufbauend auf den zweiten Zwischenbericht zum Aufbau von Pflegestützpunkten veröffentlicht das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) einen 25-minütigen Film, der die Öffentlichkeit vom Nutzen solcher Anlaufstellen überzeugen soll. Der vom Bundesministerium für Gesundheit geförderte Videofilm beleuchtet anhand eines Beispiels das Angebot und die Aufgaben von Pflegestützpunkten und richtet sich sowohl an Menschen, die für sich selbst Pflegeleistungen in Anspruch nehmen wollen, an deren Angehörige als auch an alle generell am Thema Interessierte. Das Video steht auf der Website der Organisation zum Anschauen bereit. Das Kuratorium Deutsche Altershilfe wurde 1962 gegründet, um die Lebenssituation älterer Menschen zu verbessern. Ein interdisziplinäres Expertenteam erarbeitet laufend Projekte und Studien für Ministerien, Kommunen, Sozialträger, Verbände und bietet Beratung für Führungs- und Fachkräfte an.

Internet <http://www.kda.de>



Hartz IV, Kinderarmut und der Abbau von Sozialleistungen stellen uns vor eine Zerreißprobe, stellt Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, in seinem neuen Buch fest. Noch nie lebten so viele Menschen in Armut. Noch nie wirkte die Politik so hilflos. Statt Armutsbekämpfung gäbe es Attacken gegen die Armen und Ausgrenzung statt Problemlösungen. Der Sozialstaat drohe zu kollabieren. Schneider analysiert die Spaltung der Gesellschaft. Er beschreibt das politische Scheitern und die Strategien und Tricks, mit denen sich die Akteure aus der Verantwortung stehlen. Und er versucht eine Antwort auf die Frage, wie eine andere Politik aussehen könnte.

Ulrich Schneider: Armes Deutschland. Neue Perspektiven für einen anderen Wohlstand. Edition Westend. Piper-Verlag, München 2010. 240 Seiten. 16,95 Euro. ISBN 9783938060575.

Caritas ergänzt Online-Beratung

Als erster Wohlfahrtsverband bietet die Caritas deutschlandweit individuelle Beratung im Internet nun auch zu den Themen Behinderung und psychische Erkrankung an. Ratsuchende können sich über das Beratungsportal des Deutschen Caritasverbandes anmelden und erhalten innerhalb von 48 Stunden eine persönliche Antwort der Online-Beraterinnen. Die Beratung ist anonym, vertraulich und kostenlos und entspricht den Anforderungen des Datenschutzes. Die Ratsuchenden werden über die Eingabe der Postleitzahl automatisch an eine Online-Beratungsstelle in ihrer Nähe vermittelt. So besteht die Möglichkeit, auf Wunsch im Anschluss an eine Beratung per Internet auch ein persönliches Gespräch anzubieten. Zusätzlich bietet das Beratungsportal Antworten auf häufig gestellte Fragen und eine Adresssuche von Caritas-Einrichtungen und Beratungsstellen. Rund 40 Einrichtungen der Behindertenhilfe und Psychiatrie der Caritas beteiligen sich derzeit an der Online-Beratung. Die Beratenden wurden gezielt für die speziellen Anforderungen einer psychosozialen Beratung per Internet qualifiziert.

Internet <http://www.beratung-caritas.de>

Studie untersucht Monetarisierung des Ehrenamts

Eine erste systematische Studie zum Thema »Geld im Ehrenamt« hat das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung Freiburg im Breisgau veröffentlicht. Die Untersuchung gibt einen Überblick zu allen Formen der finanziellen Entschädigung freiwilligen Engagements und ehrenamtlicher Aktivitäten, wie sie in Baden-Württemberg vorkommen. Neben der Darstellung von Funktionen und Risiken der Monetarisierung werden auch unterschiedliche Strategien im Umgang mit monetarisierten Engagementformen aufgelistet. Die Untersuchung wurde vom baden-württembergischen Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Senioren in Auftrag gegeben. Zugleich ist ein »Wissensmagazin« zum Thema »Geld im Ehrenamt« im Auftrag des Ministeriums erarbeitet worden. Die Studie und das Wissensmagazin stehen als PDF-Dateien im Internet zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung.

Internet http://www.sozialministerium-bw.de/fm7/1442/Abschlussbericht_Monetarisierung_100226.pdf
 Internet: http://www.sozialministerium-bw.de/fm7/1442/Wissensmag02_1102_fin.522993.pdf

Immer mehr »unverbundene« Jugendliche

In Deutschland leben rund 130.000 sogenannte »unverbundene« junge Menschen zwischen 17 und 19 Jahren. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim. Die Untersuchung betrachtet den Zeitraum von 2000 bis 2008 und stützt sich auf Daten des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP). Als »unverbunden« gilt, wer nicht zur Schule geht, arbeitslos ist und in keiner Beziehung lebt.

Weiterhin fehlt diesen Jugendlichen die finanzielle und emotionale Unterstützung durch ihre Eltern. Im Sozio-Oekonomischen Panel werden seit 1984 rund 12.000 private Haushalte in Deutschland befragt. Themenschwerpunkte sind unter anderem Haushaltszusammensetzung, Erwerbs- und Familienbiografie, Einkommensverläufe sowie Lebenszufriedenheit. Als Ursachen für die »Unverbundenheit« können nach Ansicht des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung vor allem ein niedriger Bildungsgrad der Eltern sowie in-

stabile Familienverhältnisse gelten. In diesen Haushalten scheinen Familien über weniger Ressourcen zu verfügen, um ihre Kinder zu unterstützen und in ihre Bildung zu investieren. Leben die Jugendlichen die ersten 15 Lebensjahre mit den Eltern zusammen, ist das Risiko zu scheitern um acht Prozent niedriger, als bei Jugendlichen, die bei nur einem Elternteil aufwachsen. Der Studie zufolge weist die Zahl der »unverbundenen« Jugendlichen eine steigende Tendenz auf: Betrug sie von 2000 bis 2008 13 Prozent der 17- bis 19-

Berlin prüft Vorschläge für ein »Musterjugendamt«

Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Land Berlin hatte eine Beratungsfirma beauftragt, Vorschläge zur Optimierung der Arbeit und zur Verbesserung der Personalsituation der bezirklichen Jugendämter zu erarbeiten. Der 300 Seiten umfassende Abschlussbericht der Steria Mummert Consulting ist Ende letzten Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Im Abschlussbericht empfehlen die Experten, einheitliche Verwaltungsstrukturen in den bezirklichen Jugendämtern zu schaffen und haben ein Modell eines »Musterjugendamtes« vorgelegt, das in regionalisierten Strukturen arbeitet. Das Musterjugendamt soll sich an folgenden Prämissen orientieren:

- **Integrierte Aufgabenwahrnehmung:** Das sozialräumliche Musterjugendamt soll in Abgrenzung zur ehemaligen »Versäulung« der Aufbauorganisation den organisatorischen Rahmen für eine integrierte Aufgabenwahrnehmung über alle Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe hinweg schaffen. Die Organisation soll die bedarfsgerechte Verknüpfung von präventiver und reaktiver Jugendhilfe, von Fall- und Feldarbeit sowie der verschiedenen Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe ermöglichen.
- **Konsequente Regionalisierung:** Die Regionen bilden das Kernstück des sozialräumlichen Muster-Jugendamtes. Im Sinne integrierter Aufgabenwahrnehmung sollen die Regionen deshalb in die Lage versetzt werden, diese Verknüpfungsleistungen in eigener Verantwortung fach- und sachgerecht wahrzunehmen. Dies soll gleichermaßen durch eine konsequente Regionalisierung der einzelnen Leistungsbereiche, eine Verankerung der Fach- und Ressourcenverantwortung auf der Ebene der Regionen sowie den Zuschnitt der Regionen geschehen.
- **Konsequente Steuerungsorientierung:** Das Musterjugendamt soll sich als fachlich kompetente Institution soweit wie möglich auf die Gewährleistung und Steuerung konzentrieren. Dies setzt gleichermaßen die fortgesetzte Auslagerung und Vergabe operativer Aufgabe an Dritte, den Ausbau einer Steuerungsinfrastruktur für die Bedarfsentwicklung, Planung und das Berichtswesen sowie die Etablierung einer wirklichen Steuerungskultur aufseiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voraus.
- **Konsequente Ergebnisorientierung:** Die Einführung der Sozialraumorientierung ist kein Selbstzweck. Angestrebt wird vielmehr eine Stärkung regionaler Ressourcen, die zur Vermeidung eines Hilfebedarfs bzw. zu einer Unterstützung im Rahmen der Hilfefewährung herangezogen werden. Auch in den übrigen Leistungsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe werden konkrete Ergebnisziele angestrebt. Diese Ziele müssen klar formuliert, operationalisiert und konsequent überprüft werden, um Möglichkeiten einer fundierten Nachjustierung und Steuerung zu schaffen. Die Leistungen des Muster-Jugendamtes müssen sich an den Zielen und Ergebnissen messen lassen.
- **Stärkung der Wissensorientierung, lernende Organisation:** Um eine effektive und wirtschaftliche Aufgabenwahrnehmung innerhalb eines dezentral organisierten Musterjugendamtes zu unterstützen, bedarf es einer Kultur des Wissensmanagements sowie der Implementierung der erforderlichen Infrastruktur zur Vermittlung von Informationen und Wissen.
- **Arbeitsteilung:** Das sozialräumlich organisierte Musterjugendamt ist Bestandteil eines leistungsfähigen Bezirksamtes, das erforderliche Querschnittsdienstleitungen im Bereich des Personals, von Informationstechnik und Immobilienmanagement auf der Basis von Verwaltungs- bzw. Servicevereinbarungen fach- und sachgerecht erbringt.

Ein weiterer Vorschlag des Berichts ist die Einführung eines neuen »Falleingangsmanagements«, durch das die Fachkräfte der regionalen Sozialpädagogischen Dienste spürbar entlastet werden sollen. Der Bericht wird nun im Senat und mit den Bezirken geprüft und bewertet. Danach sollen Schlussfolgerungen bezüglich der Umsetzung der Vorschläge gezogen werden. Der Bericht steht auf der Website des Berliner Senats kostenlos zur Verfügung.

Internet http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-jugend/jugendpolitik/sozialraumorientierung/bericht_sro_jugendaemter.pdf



Jährigen, lag sie allein im Zeitraum 2006 bis 2008 bei 17,7 Prozent. Die 23-seitige Studie »A Socio-economic Analysis of Youth Disconnectness« steht in englischer Sprache auf der Website des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung (<http://www.zew.de/publikation5639>).

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim, Telefon 0621 1235-01, Fax 0621 1235224, E-Mail info@zew.de, Internet <http://www.zew.de>

Imagetrailer zur Freien Wohlfahrtspflege

In einem kurzen Videoclip stellt die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege die Arbeit der freigeinnützigen Träger der Sozialen Arbeit in Deutschland vor. Der dreieinhalbminütige Film wurde für die Präsentation zum 40-jährigen Jubiläum der Lotterie »Glücks-Spirale« produziert. Der Imagetrailer stellt die Arbeitsfelder und die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland vor. Der Film steht auf der Website der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zur Verfügung (<http://www.bagfw.de/veroeffentlichungen/freie-wohlfahrtspflege-der-film>).

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V., Oranienburger Straße 13–14, 10178 Berlin, Telefon 030 24089-0, Fax 030 24089134, E-Mail info@bag-wohlfahrt.de, Internet <http://www.bagfw.de>

Fast eine Million Euro für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeiten 2011

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat eine Nationale Koordinierungsstelle für das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeiten zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011 in Deutschland eingerichtet. Die Nationale Koordinierungsstelle organisiert vor und während des Europäischen Jahres in Deutschland Veranstaltungen, Projekte und Öffentlichkeitsarbeit auf nationaler Ebene. Das Bundesfamilienministerium schätzt das Budget des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeiten in Deutschland auf rund 400.000 Euro aus Brüssel sowie auf zusätzlich 550.000 Euro Bundesmittel.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Taubenstraße 42/43, 10117 Berlin, Telefon 030 20655-0, Fax 030 206551145, E-Mail info@bmfsfj.bund.de, Internet <http://bmfsfj.de>

Bremer Wohnungsbaugesellschaft bietet soziale Dienste an

Die Bremer Wohnungsbaugesellschaft GEWOBA bietet in Kooperation mit der Bremer Pflegedienst GmbH und dem mobilen Sozial- und Pflegedienst *vacances* GmbH ein bislang bundesweit einmaliges Dienstleistungsangebot in den Bereichen häusliche Pflege, Haushaltshilfe und Prävention an. Das Projekt »mein zuhause« berät und begleitet Menschen in allen Bereichen der gesundheitlichen und häuslichen Versorgung am Wohnort. Nach dem bereits 2009 veröffentlichten und bei einem Ideenwettbewerb ausgezeichneten Vorhaben werden jetzt insbesondere ältere Mieter des Wohnungsunternehmens umfassend und zunächst kostenfrei mit sozialen Dienstleistungen versorgt. Das Vorhaben wird vom Institut für Public Health und Pflegeforschung an der Universität Bremen wissenschaftlich begleitet und vom Land Bremen aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung bis Oktober 2010 mitfinanziert.

GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen, Rembertiring 27, 28195 Bremen, Telefon 0421 3672-0, Internet <http://www.gewoba.de>

Deutscher Bundestag veröffentlicht Dossier über zweiten Arbeitsmarkt

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages haben ein umfangreiches Dossier über die Vorschläge und Modelle zur öffentlich geförderten Beschäftigung in Deutschland zusammengestellt. Öffentlich geförderte Beschäftigung für leistungsgeminderte Langzeitarbeitslose richtet sich danach an Personen, für die eine Integration in den regulären Arbeitsmarkt auf Dauer nicht absehbar ist. Der Begriff umfasst Beschäftigungsverhältnisse, die finanziell teilweise oder vollständig öffentlich gefördert sind. Maßnahmen der Beschäftigungsförderung gehören zu den klassischen Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik nach SGB II und SGB III. Die Besonderheit der arbeitsmarktpolitischen Beschäftigungsförderung gegenüber anderen Formen öffentlich finanzierter Beschäftigung (z. B. dem öffentlichen Dienst) besteht darin, dass die Stellenbesetzung nach arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Kriterien erfolgt. Gemeinsam ist dem öffentlichen Dienst und der arbeitsmarktpolitisch geförderten Beschäftigung, dass sie im gesellschaftlichen Interesse liegen. Eine Verbindung zwi-

schen beiden Formen wird darüber hinaus über das Kriterium der »Zusätzlichkeit« deutlich: Arbeitsmarktpolitik darf überwiegend nur dort Arbeitsplätze schaffen, wo Privatwirtschaft und öffentlicher Dienst Lücken lassen. Diese Maßnahmen werden auch unter dem Begriff des »Zweiten Arbeitsmarktes« zusammengefasst, da sie zeitlich befristete Beschäftigung außerhalb des regulären ersten Arbeitsmarktes zur Verfügung stellen. Beide Märkte sind dabei durchlässig; schließlich dient der zweite Arbeitsmarkt als Auffangbecken für Arbeitnehmer, die zeitweise aus dem regulären Arbeitsmarkt herausfallen, und gleichzeitig gilt die Zahl der Übergänge in den ersten Arbeitsmarkt als Hauptkriterium für die Bewertung des politischen Erfolgs des zweiten Arbeitsmarktes. Der 29-seitige »Infobrief Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung. Argumente, Standpunkte und Erfahrungen« kann kostenlos von der Website des Deutschen Bundestages heruntergeladen werden.

Internet http://www.bundestag.de/dokumentel/analysen/2010/oeffentlich_gefoerderte_beschaeftigung.pdf

Neue Internet-Plattform für Rehabilitation und Teilhabe

Die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation hat im Internet ein Diskussionsforum zum Rehabilitations- und Teilhaberecht eingerichtet. Die barrierefreie Plattform steht für den Informations- und Meinungsaustausch zwischen Rechtsprechung, Wissenschaft und den Rechtsanwendern des SGB IX und verwandter Gesetze zur Verfügung. Als Träger des Diskussionsforums will die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation mit diesem Angebot die Anwendung und Weiterentwicklung des Rehabilitations- und Teilhaberechts fördern und so zur mehr Rechtssicherheit bei der Beantragung und der Gewährung von Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe beitragen. Das kostenlose Angebot des Forums richtet sich an eine breite Zielgruppe, darunter Richter von Sozial- und Arbeitsgerichten, Rechtsanwälte für Arbeits- und Sozialrecht, Praktiker bei Rehabilitations-trägern, in Unternehmen, Beratungsstellen sowie den Organisationen der Menschen mit Behinderung. Die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation e. V. (DVfR) ist ein interdisziplinäres Forum für Rehabilitation, in dem sich Fachleute

aus Institutionen und Verbänden der Rehabilitation und Teilhabe sowie Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt austauschen können. Die Vereinigung mit Sitz in Heidelberg ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.

Internet <http://www.reha-recht.de>

Wetteraukreis entwickelt Leitfaden bei Kindeswohlgefährdung

Das Jugendamt des Wetteraukreises in Hessen hat Texte zusammengestellt, die Fachkräfte des Allgemeinen Sozialen Dienstes bei der Vermutung einer Kindeswohlgefährdung unterstützen sollen. Damit das Richtige zur richtigen Zeit getan wird, hat eine Arbeitsgruppe den »Leitfaden zur Sicherstellung des Kinderschutzes bei Kindeswohlgefährdung und sexueller Gewalt« entwickelt. Auf 80 Seiten formuliert er Standards und Handlungskonzepte, Ablaufdiagramme und Dokumentationsbögen. Er klärt Fragen, wie sie sich in der Praxis immer wieder stellen: Wer wird wann beteiligt, wann ist die Polizei einzuschalten, welche Grundlagen gibt es zur Einschätzung einer Gefährdung, welche Grundbedürfnisse haben Kinder, was ist bei einem Hausbesuch zu beachten? All dies ergänzt um Checklisten, Auszüge aus dem Grundgesetz, dem Strafgesetzbuch, dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, der UN Konvention über die Rechte der Kinder, um Adressen von Gerichten und Polizeistellen. Ein Kompendium, das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Allgemeinen Sozialen Dienstes klare Regeln an die Hand gibt, die Arbeit in jedem einzelnen Fall nachprüfbar und nachvollziehbar macht. Der Leitfaden enthält außerdem ein Schutzkonzept zum Vorgehen bei Kindeswohlgefährdung und sexueller Gewalt. Erarbeitet wurde es gemeinsam von der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern, dem Allgemeinen Sozialen Dienst und der Beratungsstelle Wildwasser Wetterau e. V. Bei sexueller Gewalt liegen in den seltensten Fällen zweifelsfreie Hinweise vor, zum Beispiel durch Zeugenbeobachtungen oder Offenbarungen der betroffenen Kinder oder Jugendlichen. Entsprechend verantwortungsvoll ist eine Gefährdungseinschätzung vorzunehmen.

Wetteraukreis, Europaplatz, 61169 Friedberg, Ansprechpartner: Michael Elsaß, Telefon 06031 83-1400

Kennzahlen

»Alles entspricht der Zahl.«

Pythagoras von Samos, griechischer Philosoph
(um 570 v. Chr. — nach 510 v. Chr.)

702

Zahl der von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indizierten Angebote im Jahre 2009

70.968

Zahl der Menschen, die im Jahre 2009 in Deutschland einen »Integrationskurs« (§ 44a Abs. 1 Nr. 2 des Aufenthaltsgesetzes) beendet haben

812

Budget in Euro, das Studierenden nach Sozialerhebung 2010 des Deutschen Studentenwerks im Monat zur Verfügung steht

64

Prozentzahl der Kinder, die in Sachsen-Anhalt im Jahre 2008 außerhalb der Ehe geboren werden (Bundesdurchschnitt: 32%)

561.300

Zahl der Jugendlichen in Deutschland, die im Jahre 2009 einen Ausbildungsvertrag im Rahmen des dualen Systems abgeschlossen haben (7,6% weniger als im Jahr 2008)

9.451

Zahl der Menschen in Deutschland, die im Jahre 2008 »erfolgreich« einen Selbstmordversuch unternommen haben

3.210

Betrag in Euro, die im Jahre 2008 durchschnittlicher jeder Einwohner in Deutschland für Gesundheit aufwendete (Krankenversicherung sowie alle weiteren gesundheitsbezogenen Aufwendungen, die von privaten Haushalten selbst geleistet wurden)